

SLOWAKEI

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2022

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Lage in der Slowakei wurde 2021 vor allem durch zwei Faktoren bestimmt. Zum einen beeinflusst die seit zwei Jahren anhaltende Covid-19-Pandemie die Politik und Gesellschaft maßgeblich. Insolvente und verschuldete Unternehmen und der Wegfall von Arbeitsplätzen stellen sozial- und wirtschaftspolitische Herausforderungen dar. Die Verschuldung von Einzelpersonen betrifft oft diejenigen am härtesten, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens sowie instabiler Arbeitsverhältnisse ohnehin schlecht dastehen und diesen Risiken besonders stark ausgesetzt sind. Wiederholte Schulschließungen und Quarantänephasen belasten viele Menschen darüber hinaus auch in psychologischer Hinsicht. Zum anderen verlieren die Regierung und die Koalitionsparteien durch ihr politisch wie auch fachlich zuweilen äußerst unprofessionelles Pandemiemanagement – etwa durch völlig ungenügende und schlecht organisierte Pandemihilfe gegenüber Unternehmen und der Bevölkerung – drastisch an Zustimmung.

So liegen die Umfragewerte der Gewinnerin der Parlamentswahlen 2020, der Partei OĽaNO (Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti, »Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen«), die 25,03 Prozent der Stimmen erhielt, bei aktuell etwa 8 Prozent. Der ehemalige Premierminister und aktuelle Finanzminister Igor Matovič ist gegenwärtig einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. Ungenügende Regierungserfahrung, aber auch die persönlichen Eigenschaften des nominellen Anführers der Regierungskoalition, tragen wesentlich zum teilweise sehr schlechten Bild und Auftritt der Regierung bei. Mit Ausnahme der neoliberalen SaS (Sloboda a Solidarita, »Freiheit und Solidarität«), der kleinsten Partei der Regierung und mit den mittlerweile höchsten Zustimmungswerten, sind auch die sonstigen Regierungsparteien entweder in der Wählergunst abgerutscht (z. B. die Partei »Sme-rodina« (»Wir sind eine Familie«) des Parlamentspräsidenten Boris Kollar (die viele Regierungsinitiativen aktiv torpediert), oder zersplittert, wie im Fall der Partei »Za ľudí« (»Für die Menschen«) der stellvertreten-

den Premierministerin Veronika Remišová, die mittlerweile nicht mehr auf die Unterstützung der eigenen Parlamentsfraktion zählen kann. Dem aktuellen Premierminister, Eduard Heger, der zwar die Koordination und somit das allgemeine Bild des Regierungshandelns nach der Koalitionskrise und dem Abtritt des Premierministers Igor Matovič im März 2021 stabilisiert und normalisiert hat, fehlen das nötige Charisma und die Führungsqualitäten, die es für eine wesentliche Verbesserung der Außenwirkung der Regierung bräuchte. Zwar ließe sich schlussfolgern, dass dank des Wechsels des Premierministers die Regierungskoalition noch funktioniert, für einen positiven Aufbruch reichen die Fähigkeiten von Eduard Heger jedoch nicht. Die Regierung kann einige Erfolge vorweisen, etwa die Verabschiedung und Einleitung des großen EU-finanzierten Aufbauplans, mit dem wesentliche Reformen verbunden sind. Diese treffen jedoch – auch bedingt durch politisches Ungeschick und fehlende Erfahrung – in den verschiedenen Phasen des Gesetzgebungsprozesses vielfach auf Widerstand, teilweise auch aus Reihen der Koalition.

Das negative Bild der konservativ-liberalen Regierungskoalition wird zudem durch den Wiederaufstieg von Teilen der Opposition befeuert, die nach den Wahlen 2020 mehr oder weniger abgeschrieben wurden. Der langjährige, nominell sozialdemokratische Premierminister Robert Fico (Smer – sociálna demokracia, Smer-SD, »Richtung – Sozialdemokratie«) galt vor der Migrationskrise 2015 für viele Europäische Sozialdemokrat_innen noch als Prototyp eines demokratischen Mitte-Links-Politikers mit Führungsanspruch in Osteuropa. 2018 förderten die Ermittlungen zur Ermordung des Investigativ-Journalisten Ján Kuciak und dessen Verlobten korrupte und mafiöse Strukturen innerhalb von Polizei und Staatsanwaltschaft zu Tage. Jene Ermittlungen führten nicht nur zu Ficos Rücktritt als Premierminister noch im selben Jahr, sondern auch zu dessen Wahlniederlage 2020. Die »Entbindung der Hände« der Polizei, die nach dem Mord an Kuciak und nach dem Regierungswechsel kam und in deren Zuge die Polizei auch gegen die mit Smer-SD in Verbindung gebrachten größten Oligarchen des Landes mit Verhaftungen und Anklagen vorging, belasteten das ohnehin schwer geschwächte Image von Robert Fico und Smer-SD zusätzlich.

Das politische Comeback von Fico, eine Neuaufstellung der Parteispitze und eine allgemeine Mobilisierung der Partei, wurden von der offensiven Abwehr der wiederkehrenden Korruptionsbeschuldigungen und einer konsequenten politisch-kommunikativen Anzweiflung und Diskreditierung der Polizeiarbeit gegenüber den politischen Verbündeten von Smer-SD in der Polizei und zentralen Stellen des Staates begleitet. Diese wurden von Smer-SD und Robert Fico kontinuierlich und intensiv als politische Prozesse betitelt und angezweifelt. Die erfolgreiche Anzweiflung der Polizeiarbeit im Kampf gegen die Korruption der Regierungen von Smer-SD und ihrer Verbündeten, trägt zumindest unter den ehemaligen Smer-Wähler_innen Früchte. Ficos politisch und rhetorisch unbestrittenes Geschick – er hat in dieser Hinsicht noch immer keine Konkurrenz in der slowakischen politischen Landschaft – sowie medienwirksame und durch professionelles Social Media-Marketing unterstützte harte Oppositionsarbeit, wie etwa bilderwirksame Proteste in den Straßen gegen die Regierung, haben dazu geführt, dass die Smer-SD aktuell wieder zur landesweit stärksten Partei werden kann. Davon war vor einem Jahr kaum auszugehen.

Ein wesentliches Merkmal dieser Entwicklung ist zugleich eine schrittweise und konsequente Radikalisierung der Partei, teilweise nach rechts. Diese wird etwa in einer strikten Anti-Impfpolitik im Bereich der Pandemiebekämpfung deutlich. So konnte die Smer-SD bei Impfskeptiker_innen punkten. Dieser Kurswechsel zeigt sich ferner in einer zunehmend anti-westlichen, anti-europäischen Haltung, in der wiederkehrenden Diffamierungen von George Soros und auch der schrittweisen offenen Legitimierung einer Zusammenarbeit – potentiell auch in zukünftiger Regierungskoalition – mit ex-neonazistischen Parlamentskollegen.

Die Partei Smer-SD hat sich jahrelang vertraglich zur Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Gewerkschaften der Slowakischen Republik KOZ SR bekannt. Diesen Vertrag nutzt die Partei allerdings immer so, wie es ihr gerade passt. Der Vorsitzende von KOZ SR beschwert sich oft, dass die Zusammenarbeit eigentlich nicht richtig funktioniert. Gleichzeitig werden die Forderungen lauter, den Vertrag außer Kraft zu setzen.

Die teilweise depressive Stimmung nach zwei Jahren Pandemie, das mitunter höchst unprofessionelle Regierungsauftreten, die sozialen Folgen der Pandemie und der sich anbahnenden hohen Inflation mitsamt Energiepreissteigerungen haben zu einer chronisch negativen und radikalisierten Stimmung im Lande geführt. Davon hat die sich radikalisierende SMER-SD viel effektiver und hemmungsloser profitiert als der anfängliche Anführer der Opposition, die gemäßigte »moderne« Sozialdemokratie (Hlas – sociálna demokracia, »Stimme – Sozialdemokratie«, HLAS) des ehemaligen Premierministers Peter Pellegrini. Durch die moderatere, gemäßigttere Aufstellung seiner Partei und auch der Persönlichkeit von Peter Pellegrini und die politische Hyperaktivität von Smer-SD hat die gemäßigttere Hlas-Sozialdemokratie 2021 fast ein Viertel ihrer Wählergunst verloren. Sie liegt aktuell etwa bei 18 Prozent, während die radikalere Smer-Sozialdemokratie ihre Umfragewerte um mehr als ein Drittel steigern konnte und jetzt etwa bei 15 Prozent liegt. Für eine Trendwende muss es der Hlas-SD gelingen, ihr

eigenes politisches Profil zu stärken und gegenüber den Wähler_innen attraktiv zu vermitteln. Sonst steht zu befürchten, dass sich dieser Abwärtstrend fortsetzen wird.

Aus der Perspektive einer potentiell sozial-liberalen, pro-westlichen Entwicklung der Slowakei ist als positive Entwicklung zu bewerten, dass die außerparlamentarische Partei Progressive Slowakei (Progresívne Slovensko, PS) mit konstanten Zustimmungswerten von 8–9 Prozent die viert- bis fünftstärkste Partei des Landes ist. Ein aussagekräftiges Bild von der Stärke aller Parteien wird sich bei den im Herbst 2022 stattfindenden Kommunal- und Regionalwahlen ergeben, die erstmals zusammengelegt wurden.

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat die Lage drastisch verändert. Die Slowakei verfügt über eine direkte Grenze zur Ukraine und demzufolge sind bereits in den ersten Kriegstagen tausende Ukrainerinnen und Ukrainer in die Slowakei gekommen. Die Regierung hat den Angriff Russlands auf das Schärfste verurteilt und in der slowakischen Bevölkerung gibt es eine große Hilfsbereitschaft gegenüber den Geflüchteten. Die Regierung hat zudem entschieden, dass alle Ukrainer_innen, die Schutz suchen, ohne großen bürokratischen Aufwand die Grenze passieren dürfen. Die oppositionelle HLAS von Peter Pellegrini hat den Angriff ebenfalls verurteilt und dazu aufgerufen, den Ukrainer_innen zu helfen. Allerdings wird von Teilen der Opposition eine andere Haltung vertreten. Die SMER-SD mit Robert Fico an der Spitze sieht den Krieg in der Ukraine als eine Auseinandersetzung zwischen Russland und den USA. Die Slowakei wäre Fico zufolge daher gut beraten, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten. In seiner Pro-Putin-Propaganda scheut Fico auch nicht davor zurück, die zusätzliche Stationierung deutscher Bundeswehrsoldaten im Rahmen der NATO-Verpflichtungen als »Einmarsch der Wehrmacht« zu bezeichnen. Diese aggressive Rhetorik verbunden mit dem Schüren von Ängsten trägt zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft bei.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Trotz der anhaltenden Corona-Pandemie verzeichnete die slowakische Wirtschaft ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr. Im dritten Quartal 2021 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent und näherte sich dem Niveau von vor der Pandemie an, es blieb nur um 0,7 Prozent hinter der Vor-Corona-Zeit zurück. Diese positive Entwicklung hängt auch mit einem Rückgang von zwei Prozent im dritten Quartal 2020 zusammen. Im zweiten Halbjahr 2021 trug ausschließlich die Inlandsnachfrage – insbesondere die erhöhten Konsumausgaben privater Haushalte – zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Auslandsnachfrage, welche die slowakische Wirtschaft im letzten Jahr antrieb, verzeichnete hingegen einen Rückgang. Das Wachstum der slowakischen Wirtschaft wurde durch einen starken Preisanstieg zum Jahresende erheblich beeinflusst.

Der slowakische Warenexport war 2021 trotz der Herbstausfälle auf einem Rekordhoch und übertraf die Werte vor der Pandemie um 10 Prozent. Dies war vor allem auf den höheren

Export von Kraftfahrzeugen, trotz Ausfällen in der Automobilproduktion, zurückzuführen. Auch der Warenimport war deutlich höher. Der Import von mineralischen Kraftstoffen stieg im Jahresvergleich um mehr als 50 Prozent, ursächlich dafür waren in erster Linie gestiegene Gas-, Strom- und Ölpreise.

Im letzten Jahrzehnt wuchs die Industrie 2021 am dynamischsten, verbesserte sich aber im Vergleich zum Jahr 2019 nur um 0,3 Prozent. Die Automobilindustrie hatte 2021 mit einem Mangel an Chips zu kämpfen, was die Produktion in der zweiten Jahreshälfte erheblich behinderte. Nichtsdestotrotz verzeichnete die Automobilbranche im dritten Quartal 2021 ein zwischenjährliches Wachstum von 27,4 Prozent.

Die jährliche Inflationsrate erreichte 2021 mit 3,2 Prozent den höchsten Stand seit neun Jahren. Sie wurde durch den rasanten Preisanstieg in der zweiten Jahreshälfte beeinflusst. Im Jahr davor erreichte die Inflationsrate nur 1,9 Prozent. Dieser hohe Wert kam vor allem durch gestiegene Preise für Lebensmittel mit einem zwischenjährlichen Wachstum von 6,3 Prozent sowie im Transportwesen – insbesondere durch den Anstieg der Kraftstoffpreise um 17,3 Prozent im Jahresdurchschnitt – zustande. Dieses Wachstum ist die Folge des Basiseffektes, da die Kraftstoffpreise in den Jahren 2019 und 2020 billiger waren. Zusammenfassend sind die Verbraucherpreise in der Slowakischen Republik für das gesamte Jahr 2021 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2020 um 3,2 Prozent gestiegen. Der Preisanstieg im Wohnungs- und Energiesektor, der den größten Anteil an den slowakischen Haushaltsausgaben ausmacht, erreichte 4,2 Prozent. Der Verbraucherpreisindex stieg für Arbeitnehmerhaushalte um 3,2 Prozent, für einkommensschwache Haushalte um 3 Prozent und für Rentnerhaushalte um 2,9 Prozent.

Der durchschnittliche nominale Monatslohn betrug im dritten Quartal 1 185 Euro. Verglichen mit dem dritten Quartal des Vorjahres ist dieser damit um 72 Euro bzw. 6,5 Prozent gestiegen. Die höhere Inflation schluckte einen Teil der Lohnerhöhungen, aber die Löhne hielten immer noch den wachsenden Trend, wobei die Reallöhne im Jahresvergleich um 2,5 Prozent stiegen. Aus regionaler Sicht war der durchschnittliche nominale Monatslohn nur in der Region Bratislava höher als der Durchschnitt der gesamten Wirtschaft der Slowakischen Republik. Die Region Prešov bleibt die Region mit dem niedrigsten Durchschnittslohn (unter 1 000 Euro). Die Arbeitslosenquote sank auf unter 7 Prozent und betrug im Dezember 2021 6,76 Prozent.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Wirtschaft hochgradig vom ausländischen Kapital abhängig ist und das sich in einer ungünstigen Zuliefererposition in den transnationalen Wertschöpfungsketten befindet, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, stellen aber für viele, gerade jüngere, Menschen eher ein »kommunistisches Überbleibsel« dar. Diese Legitimitätsfrage ist eng verknüpft mit der Frage ihrer Überlebensfähigkeit, sind sie doch von der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge abhängig.

Sukzessiver Mitgliederschwund führt zu sinkenden Mitgliedsbeiträgen und damit zu einer schwachen Personalausstattung sowohl beim Dachverband als auch den Einzelgewerkschaften. Laut dem Dachverband KOZ SR hat sich die Situation im 2020 stabilisiert und es gab keine größeren Mitgliederverluste.

Geschwächt werden die Gewerkschaften außerdem durch eine enorme Zersplitterung ihrer Strukturen – allein der größte Dachverband KOZ SR vereint 24 Einzelgewerkschaften. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Tarifabdeckung variieren sehr stark zwischen den einzelnen Gewerkschaften sowie dem privaten und öffentlichen Sektor, befinden sich insgesamt jedoch auf einem niedrigen Niveau. In jüngster Zeit haben sich neue unabhängige Gewerkschaften gegründet und im Januar 2018 haben diese auch einen neuen Gewerkschaftsdachverband, den »Gemeinsame Gewerkschaften Slowakei« (»Spoločné odbory Slovenska«, SOS) geschaffen. Zu den Gründern gehören fünf Gewerkschaftsorganisationen: die »moderne Gewerkschaft AIOS«, die »moderne Gewerkschaft Volkswagen«, der Gewerkschaftsverband der Krankenschwestern und Hebammen, der neue Gewerkschaftsverband der Polizei und die neue Schulgewerkschaft. Gewerkschaften und gewerkschaftliche Verbände, die einer politischen Partei nahestehen, dürfen keine Mitglieder dieser SOS werden; gleiches gilt für Gewerkschaften, die auf personeller Ebene mit einem Arbeitgeber oder einer Arbeitgebervertretung verquickt sind. Dabei werden die personellen Verflechtungen von Gewerkschaftsfunktionären mit politischen Posten auf regionaler und lokaler Ebene besonders kritisch gesehen. Nach drei Jahren fehlt dieser Organisation aber zunehmend der ursprüngliche Elan und die Motivation, so dass auch diese Bewegung stagniert.

Für den Dachverband KOZ SR gab es mit der Ablösung des langjährigen Vorsitzenden Jozef Kollár, der 2015–2016 auch Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB war, durch Marián Magdoško, dem ehemaligen Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft, eine spürbare Veränderung. Vizevorsitzende blieb Monika Uhlerová, die sich darum bemüht, durch vermehrte Präsenz in den Medien zu einer Imageverbesserung der slowakischen Gewerkschaften beizutragen. Auch der Rat der Jungen KOZ SR wurde mit František Gajdoš, der gleichzeitig als Leiter der Grundorganisation bei Jaguar Land Rover tätig ist, personell neu besetzt. Im Jahr 2020 sollte auch der Kongress des Dachverbandes KOZ SR stattfinden, dieser wurde aber aufgrund der Pandemie zunächst auf 2021 verschoben. Aber auch in 2021 machte die Pandemie diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung, so dass der Kongress auf Juni 2022 verschoben werden musste.

GEWERKSCHAFTEN IN DER SLOWAKEI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die mit dem Jahr 1989 zusammenhängenden Veränderungen in den postkommunistischen Ländern betrafen im großen Maße auch die Gewerkschaften. Die »revolutionäre Gewerkschaftsbewegung« ROH (Revolučné odborové hnutie)

wurde aufgelöst und in »KOS« (Konfederace odborových svazů) umbenannt. KOS trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und wurde so zur dominierenden Gewerkschaft, aber mit einer neuen, von kommunistischer Erblast freien Führung. Obwohl er mit der Politik und Organisation des ROH brach, trat die Mehrheit der ROH-Mitglieder dem neuen Gewerkschaftsbund bei. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich der ČS KOS in eine Organisation für die tschechische Republik, ČMKOS, und eine für die Slowakische Republik, KOZ SR. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der vor dem Jahr 1989 rund 80 Prozent betrug, begann zu sinken und beträgt heute nur noch ca. 13 Prozent.

Mit dem politischen Umbruch 1989 wurde das tripartite System des Sozialdialogs in der damaligen Tschechoslowakei eingeführt. Das Machtgefüge zwischen den Sozialpartnern ist dabei abhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation: Traditionell links/sozialdemokratisch orientierte Regierungen stellten sich eher auf die Seite der Gewerkschaften, während konservativ-liberale Regierungen eher die Position der Arbeitgeber stärkten. Die slowakische Gewerkschaftskonföderation KOZ SR schloss 2010 einen Kooperationsvertrag mit der sozialdemokratisch geführten Regierung ab, der zu einer Verbesserung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften führte. Es wurden eine Reihe von Gesetzesänderungen durchgesetzt, so beispielsweise eine Novelle des Arbeitsgesetzbuches, die auch die betriebliche Grundorganisation als legitime Verhandlungsvertretung für die Arbeitnehmer_innen zulässt. Gleichzeitig befürchten Kritiker eine mögliche politische Instrumentalisierung der Gewerkschaften durch die (sozialdemokratische) Politik.

Während der sozialdemokratisch geführten Regierungen unter Premierminister Robert Fico (2006–2010 sowie von 2012–2020) gab es einen engen Austausch zwischen der sozialdemokratischen Partei (SMER-SD) und den Gewerkschaften. Dies hat sich mit dem Amtsbeginn der neuen Regierung unter Igor Matovič im März 2020 geändert.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die wichtigsten Einheiten im slowakischen Gewerkschaftssystem sind die Gewerkschaftsorganisationen bzw. Grundorganisationen in den einzelnen Betrieben, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden können. Sie treten auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei, die nicht unbedingt einer einzelnen Branche zuzuordnen sind. Zum Teil verfügen sie über regionale Vertretungen. Die Einzelgewerkschaften sind in der Regel Mitglied beim Dachverband, der ebenfalls über ein Netz regionaler Büros verfügt. Ein System von Gewerkschaftsstrukturen unabhängiger Betriebsräte, wie dies in Deutschland existiert, gibt es in der Slowakei nicht. Die Grundorganisationen sind daher nicht nur für die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zuständig, sondern verhandeln auch über alle weite-

ren Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) und Mitbestimmungsrechte in ihren Betrieben.

Der einzige »richtige« Dachverband ist KOZ SR mit 24 Mitgliedsverbänden (15 Produktions- und 9 Nichtproduktionsbranchen). Vor kurzem wurde sein Monopol allerdings durch die Entstehung des neuen Dachverbands SOS geschwächt. Aus Sicht von KOZ SR ist SOS allerdings keine echte Konkurrenz, da dieser noch über keine richtigen Strukturen verfügt. Bislang wurden in SOS auch noch keine offiziellen Vertreter_innen gewählt. Das Gründungs memorandum des neuen Dachverbands wurde 2018 von Monika Kavecká, Vojtech Klučarovský, Ľudovít Sebelédi, Martin Mikula, Alena Macková unterzeichnet. Da keine Kommunikation zwischen den relevanten Akteur_innen stattfindet, ist die weitere Entwicklung nicht absehbar. Im August 2020 wurde SOS auf Grundlage einer gesetzlichen Novelle in die Tripartitität berufen und ist somit offizielle Partnerorganisation beim sozialen Dialog.

Der mit Abstand bedeutendste Einzelgewerkschaftsverband ist der für die in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OZ KOVO, was die herausragende Rolle dieser Branche in der slowakischen Wirtschaftsstruktur widerspiegelt. Nicht nur ist diese Branche in der Slowakei relativ groß, sondern ihr Vorsitzender Emil Machyna ist gleichzeitig Verwalter des Eigentumsfonds der Gewerkschaften. Er hat damit einen maßgeblichen Einfluss auf die Verteilung dieser Mittel auf die Einzelverbände. Im Juni 2022 soll der Kongress von OZ KOVO stattfinden. Allerdings hat Machyna bereits erklärt, nicht mehr kandidieren zu wollen.

Neben den Mitteln aus diesem Fonds stellen die Mitgliedsbeiträge die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften dar. Die Grundorganisationen bekommen in der Regel 1 Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder, wovon sie 25 Prozent an die Gewerkschaftsverbände abführen. Diese treten davon einen Teil an den Dachverband ab. Wie bereits ausgeführt, sinken diese Beträge wegen sukzessivem Mitgliederschwund jährlich.

Der Organisationsgrad in den Gewerkschaften beträgt zurzeit ca. 12 bis 15 Prozent. Die Mitgliederanzahl des größten Dachverbandes liegt nach offiziellen Angaben bei 220 000. Viele Gewerkschaften verfügen allerdings über keine aktuellen Daten, sodass kein genauer Überblick über die Mitgliederanzahl zur Verfügung steht.

In der Slowakei existieren keine Daten bezüglich der Abdeckung über (Branchen-) Tarifverträge, aus denen sich die Repräsentativität der Gewerkschaften in den einzelnen Sektoren ablesen lässt. Laut Einschätzungen von Expert_innen sind etwa 30 Prozent der slowakischen Betriebe durch Tarifverträge abgesichert.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände der Slowakei

Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederácia odborových zväzov SR, KOZ SR (Slowakischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Marián Magdoško Stv. Vorsitz: Monika Uhlerová	ca. 220 000	IGB, EGB
Spoločné odbory Slovenska, SOS (Gemeinsame Gewerkschaften der Slowakei)	Bislang wurden keine offiziellen Vertreter_innen gewählt.	25 000	–
Nezávislé kresťanské odbory Slovenska, NKOS (Unabhängige christliche Gewerkschaften der Slowakei)	Vorsitz: Lubica Černá Stv. Vorsitz: Mária Brigánová	200	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften der Slowakei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový zväz KOVO, OZ KOVO (Metallgewerkschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Emil Machyna Stv. Vorsitz: Monika Benedeková	ca. 60 000	IndustriAll Europe, IndustriAll, PSI, EPSU
Energeticko-Chemický odborový zväz, ECHOZ (Gewerkschaft Energie und Chemie)	KOZ SR	Vorsitz: Marián Baňanka Stv. Vorsitz: Andrej Buch	11 500	IndustriAll Europe, IndustriAll, EPSU
Integrovaný odborový zväz (Integrierte Gewerkschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Marta Brodzianska	10 000	IndustriAll Europe, EFBWW
Slovenský odborový zväz zdravotníctva a sociálnych služieb, SOZZaSS (Gewerkschaft Gesundheit und Soziale Dienste)	KOZ SR	Vorsitz: Anton Szalay Stv. Vorsitz: Daniela Pochybová	17 600	EUROFEDOP
Odborový zväz pracovníkov školstva a vedy na Slovensku, OZPŠAV (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Pavel Ondek Stv. Vorsitz: Ingrid Gamčíková	41 700	ETUCE
Slovenský Odborový zväz verejnej správy a kultúry, Sloves (Gewerkschaft für öffentliche Verwaltung und Kultur)	KOZ SR	Vorsitz: Milena Rácová	21 600	EUROFEDOP

müssen, sind im Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelt Höhe wie auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste. Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig. Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften eine gesetzliche Regelung, gemäß welcher es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann, die aber alle einem Kollektivvertrag zustimmen müssen. Dies öffnet Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden (es reichen zur Gründung lediglich drei Beschäftigte aus). Verbindlich befragt werden müssen die Gewerkschaftsorganisationen nur, falls einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden sollte und wenn allgemeine

Betriebsbestimmungen oder Urlaubspläne entworfen werden. Diese mangelnde Einbeziehung wird von den Gewerkschaften kritisiert.

Der Abschluss von Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-) Branchenebene, wird häufig von Arbeitgebern verhindert, indem sie Verhandlungen auf dieser Ebene verweigern. In den Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen. Sie haben daher wenig Einfluss. Bei für Arbeitnehmer_innen relevanten Gesetzgebungen werden ihre Meinungen eingeholt. Beratend ist zudem ihre Rolle beim tripartiten Rat, der je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird. Gewerkschafter_innen berichten regelmäßig über Versuche, die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Verhandlung von Branchentarifverträgen stellt auch in der Slowakei das Kerngeschäft der Gewerkschaften dar. Arbeitgeber müssen die Branchentarifverträge dem Arbeitsministerium vorlegen. Die Verhandlungen werden schwerpunktmäßig auf der betrieblichen Ebene geführt, typischerweise einmal im Jahr, es sei denn, es wurde für den Kollektivvertrag eine längere Laufzeit vereinbart. Diese Tarifverträge setzen nur minimale Beschäftigungsstandards und gehen häufig nicht über die sowieso gesetzlich vereinbarten Rechte hinaus. Ihren Hauptteil bilden die Lohnverhandlungen. Leider gibt es keine Statistiken über die Anzahl vorhandener Verträge.

Diese Verhandlungen auf der niedrigsten möglichen Ebene gehen naturgemäß mit einem massiven Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht einher. Die Bereitschaft der einfachen Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, in entsprechende Ausbildung ihrer Vertreter_innen zu investieren, hält sich oft in Grenzen. Die Vorstellung von einer Gewerkschaftsarbeit, die weniger die Funktion der Durchsetzung gemeinsamer Interessen hat, als vielmehr die einer sozialen, bei der sich Mitgliedschaft unmittelbar durch bestimmte Zuschüsse oder Geschenke auszahlen soll, hat historische Gründe. Die Branchenverbände versuchen zwar, ihre Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu unterstützen, haben aber selbst zu sehr mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen, als dass sie imstande wären, Expert_innen zu den Verhandlungen zur Verfügung zu stellen.

Eine wirkliche betriebliche Mitbestimmung gibt es in der Slowakei nicht. Der Katalog der verpflichtend mit den Gewerkschaften zu konsultierenden Entscheidungen ist äußerst knapp und hat kaum unmittelbar mit der Unternehmensführung zu tun. In den Aufsichtsräten haben die Arbeitnehmer_innen wegen ihrer geringen Vertretung keine echte Entscheidungsgewalt, gleiches gilt für den Sozialdialog.

Im letzten Jahr waren Gewerkschaften in mehreren Betrieben mit der Herausforderung konfrontiert, dass sich neue betriebliche Gewerkschaften gegründet haben und damit die Frage aufgeworfen wurde, welche der Organisationen verhandlungsbefugt sind. Laut Gesetz ist dazu die betriebliche Grundorganisation mit den meisten Mitgliedern berechtigt.

Der Dachverband KOZ SR war bis jetzt der Hauptvertreter der Gewerkschaften für den Sozialdialog im Rahmen der Tripartitität. Nur er erfüllt die Auflage, mindestens 100 000 Mitglieder zu vertreten. Die Tripartitität ermöglicht den Gewerkschaften zwar die Teilnahme an der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften und Gesetzesvorhaben, aber ihr Stimmgewicht ist vergleichsweise gering. Der neue Arbeitsminister Krajniak hat nun mit der Novelle des ABGBs diese Tradition verändert. Bei der neuen Regierung stoßen die Gewerkschaften auf ein fachliches und politisches Unverständnis der Bedeutung des sozialen Dialogs. In der zweiten Jahreshälfte kam zu den traditionellen Partnern des Sozialdialogs auch ein Vertreter der modernen Gewerkschaften sowie ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften dazu. In den ersten Wochen wurde dies noch dem Umstand zugeschrieben,

dass die Regierung sich erst mit den neuen Aufgaben vertraut machen müsste. Die Gewerkschaften haben sich in diesen schwierigen Zeiten gegenüber der Regierung durchaus kooperations- und gesprächsbereit gezeigt. Allerdings wurde schnell deutlich, dass die Regierung an einem konstruktiven Dialog im Rahmen der Tripartitität kein Interesse hat. Im Gegenteil: Es wurde schnell offensichtlich, dass die neue Regierung die Absicht hat, die Gewerkschaften aus dem Sozialdialog hinaus zu drängen bzw. grundsätzlich ihre Position zu schwächen. Dabei ist gerade in Krisenzeiten der soziale Dialog eine Voraussetzung, um gemeinsame Lösungen zu erreichen und die Stabilität einer Gesellschaft sicher zu stellen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften weiter entwickeln wird und wo sich zukünftig neue Konflikte auf tun werden.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die slowakischen Gewerkschaften stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie ihre Schwesterorganisationen in den anderen post-kommunistischen Staaten Mittelosteuropas. Sie werden nach wie vor nicht als echte Interessensvertretungen für Arbeitnehmer_innen und damit politischer Akteur wahrgenommen und leiden bis heute unter dem schlechten Image, das die während der kommunistischen Zeit verpflichtenden Gewerkschaften hatten. Es fehlte ihnen von Beginn an eine klare Vision für ihre zukünftigen Aufgaben.

Der sukzessive Mitgliederschwund führt zu sinkenden Mitgliedsbeiträgen und damit zu einer schwachen Personalausstattung sowohl beim Dachverband als auch den Einzelgewerkschaften. Geschwächt werden die Gewerkschaften außerdem durch eine enorme Zersplitterung ihrer Strukturen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Tarifabdeckung variieren sehr stark zwischen den einzelnen Gewerkschaften sowie dem privaten und öffentlichen Sektor, befinden sich insgesamt jedoch auf einem niedrigen Niveau. Die Vorsitzenden der neu entstandenen Gewerkschaften lehnen die Nähe zur sozialdemokratischen Regierungspartei ab und werfen den alten Strukturen mangelndes Engagement für die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer_innen vor. Mehrfach haben führende Gewerkschaftsvertreter_innen bei Kommunalwahlen auf der Liste der SMER-SD kandidiert. Zusammen mit der grundsätzlich vorhandenen Intransparenz der gewerkschaftlichen Entscheidungsmechanismen bestärkt dies die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, dass Gewerkschaften eine »geschlossene Gesellschaft« und somit ein Relikt aus der sozialistischen Ära darstellen. Es fehlt an Nachwuchs, an qualifizierten Mitarbeiter_innen in den Gewerkschaftsorganisationen sowie an handlungsfähigen regionalen Strukturen.

Eine echte gesellschaftspolitische Kraft sind die Gewerkschaften in der Slowakei daher kaum. Für absehbare Herausforderungen wie die Konsequenzen einer zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft oder der Klimapolitik auf die Automobilbranche und ihrer Beschäftigten, die den Motor der slowakischen Wirtschaftsstruktur darstellen, sind sie nicht in der Lage, eigene Strategien zu entwerfen, weil ihnen keine

entsprechende Expert_innen zur Verfügung stehen. Strategisch wird es für die Gewerkschaften wichtig sein, ein gutes Verhältnis zu den beiden sozialdemokratischen Parteien – SMER-SD und HLAS – zu pflegen und auf diese Weise ihren Einfluss zu sichern. Dabei müssen sie jedoch darauf achten, dass sie nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden und ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt.

Urban Überschär, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik, Prag

JUDr. Zuzana Homer, Leiterin des Büros Bratislava und des gesellschaftspolitischen Projektes in der Slowakei

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.